

Eingegangen: 30.01.2026
GGR-Nr. 2026-136

Adliswil, 29. Januar 2026

GLOBALBUDGET- MOTION

von Reto Buchmann (FDP), Yannick Falbriard (Die Mitte), Heinz Melliger (Freie Wähler), Urs Künzler (SVP), Simon Schanz (Die Mitte) und Pascal Engel (EVP)

betreffend Ausrichtung von Gemeindeleistungen zur AHV/IV

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage zur vollständigen Aufhebung des Gemeindeerlasses über die Ausrichtung von Gemeindeleistungen zur AHV/IV vom 1. Januar 2021, mit den seither beschlossenen Anpassungen, vorzulegen. Für bestehende Leistungsbezügerinnen und -bezüger soll eine Übergangsfrist von höchstens zwölf Monaten vorgesehen werden, um Härtefälle zu vermeiden.

Begründung:

Die Stadt Adliswil richtet seit 1969 zusätzlich zu den eidgenössischen Ergänzungsleistungen und den kantonalen Beihilfen freiwillige Gemeindeleistungen aus. Diese Zuschüsse und Mietzinszulagen wurden in einer Zeit eingeführt, als die soziale Sicherung auf Bundes- und Kantonebene noch Lücken aufwies. Seither wurden die gesetzlichen Leistungen mehrfach verbessert und decken heute das Existenzminimum flächendeckend ab. Eine zusätzliche kommunale Leistung ist deshalb weder notwendig noch systemgerecht. Im Kanton Zürich geben lediglich noch etwa ein Drittel der Gemeinden eine solche zusätzliche Gemeindeleistung aus.

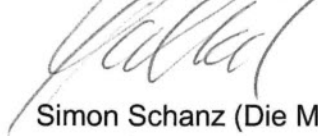
Die freiwilligen Gemeindeleistungen führen überdies zu Fehlanreizen und zu einer möglichen Sogwirkung. Personen mit Ergänzungsleistungsbedarf könnten gezielt nach Adliswil ziehen, da hier höhere Unterstützungsleistungen ausgerichtet werden als in den umliegenden Gemeinden. Damit trägt Adliswil überproportional zur Finanzierung von Sozialausgaben bei, was eine zunehmende Belastung der lokalen Steuerzahlenden zur Folge hat. Die freiwillige Sonderregelung der Stadt wirkt im interkommunalen Vergleich ungleich und steht dem Ziel einer fairen Lastenverteilung entgegen. Die Verantwortung für die Sicherung des Existenzminimums liegt klar bei Bund und Kanton. Wenn die Stadt darüber hinaus zusätzliche Beiträge leistet, schafft sie ein Parallelsystem, das den Grundsatz der Gleichbehandlung untergräbt und den Anreiz zur Eigenverantwortung schwächt.

Eine liberale und zukunftsgerichtete Finanzpolitik verlangt, dass sich die öffentliche Hand auf ihre Kernaufgaben konzentriert und dort unterstützt, wo wirkliche Not besteht.

Reto Buchmann (FDP)



Yannick Falbriard (Die Mitte)



Heinz Melliger (Freie Wähler)



Urs Künzler (SVP)



Simon Schanz (Die Mitte)



Pascal Engel (EVP)